

**Pressemitteilung JES Bundesverband und JES NRW zum 25. Gedenktag für verstorbene Drogen
Gebrauchende**

1826 Drogentodesfälle – JES Netzwerk fordert Politik zum Handeln auf

Am 21. Juli wird in 90 Städten Deutschlands verstorbenen Drogen Gebrauchenden gedacht. Mehr als 400 Einrichtungen der Aids- und Drogenhilfe sowie Selbsthilfegruppen, Ärzt*innen, Wissenschaftler*innen und Angehörige Betroffener fordern eine konsequente Neuausrichtung der Drogenpolitik.

Am 21.07.2022 begehen wir ein trauriges Jubiläum. Der 25. Gedenktag für verstorbene Drogen Gebrauchende konfrontiert uns mit der höchsten Zahl der letzten 20 Jahre: Insgesamt starben im Jahr 2021 in Deutschland, nach offizieller Statistik, 1826 Drogen gebrauchende Menschen.

Viele kennen jemanden der 1826 Drogentoten als Klient*innen, Patient*innen, Freund*innen oder Angehörige persönlich. Überall im Land, ob in München, Berlin, Köln, Leipzig oder Kiel, trauern Menschen um Verstorbene, verstorben maßgeblich durch eine auf Verbote ausgerichtete Drogenpolitik.

"Wir werden uns als JES Netzwerk nicht damit zufriedengeben, den Tod unserer Freund*innen am 21 Juli zu beklagen und zu betrauern. Nein, wir werden uns weiterhin gesundheitspolitisch einmischen und unsere Stimme erheben", wie Cora Meister vom Landesverband JES NRW versichert..

„Wir werden unbequem bleiben, wenn es um die Artikulation von Defiziten der Drogenpolitik geht. Uns fehlen weitere Angebote der Schadensminderung - wie etwa die Möglichkeit der Substanzeanalyse in und außerhalb von Drogenkonsumräumen“, so Mathias Häde vom JES Bundesvorstand ergänzend.

Die Zahl der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen steigt seit Jahren deutlich an. Wer ohne Obdach und ohne medizinische Behandlung ist, wird sich in der Regel nicht mit seinem Konsum auseinandersetzen. Es gilt elementare Bedürfnisse wie Wohnen, Nahrung und med. Behandlung zu decken, erst dann ist der Weg frei, sich auch dem eigenen Drogenkonsum kritisch zuzuwenden.

Dabei muss man fairer Weise konstatieren: Deutschland verfügt im europäischen Vergleich über ein durchaus hochwertiges und vielfältiges System der Drogenhilfe.

„Die seit Jahren sichtbaren dramatischen Entwicklungen bei Drogentodesfällen zeigen uns allerdings deutlich, dass mehr Hilfsangebote alleine - bei fortgesetzter Illegalität, Kriminalisierung und Inhaftierung von Drogen Konsumierenden - uns nicht wirklich weiterbringen“, wirft Claudia Ak vom JES Bundesvorstand hier kritisch ein.

Alle Expert*innen wissen, dass man sich dem Thema Entkriminalisierung von Konsumierenden ideologiefrei zuwenden und einheitliche Mengen aller Substanzen festsetzen muss, deren Erwerb und Besitz straffrei gestellt wird.

Der gerade in Erarbeitung befindliche Gesetzentwurf zur legalen und kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene wird die erste Nagelprobe sein, ob die Ampel für diese sicherlich wegweisende Entwicklung eine Mehrheit bekommt. Die Cannabis-Regulierung kann für JES allerdings nur der Beginn sein.

Wir als JES Netzwerk werden alles in unserer Macht Stehende tun, um diese Entwicklungen zu befördern und weiterhin in der vor Ort Arbeit die Risiken des Drogenkonsums zu reduzieren.